



Wenig Applaus für Einwanderungsstop

Heute entscheidet der Bundesrat darüber, ob er die Zuwanderung aus der EU begrenzen will. Mit der Einführung der Ventilklausel würde die Regierung vor allem ein symbolisches Zeichen setzen.

JÜRGEN ACKERMANN

BERN. Seit dem 1. Juni 2007 gibt es für Bürger aus den 15 «alten» EU-Ländern keine Limite mehr. Sie haben uneingeschränkten Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt: Wer hier eine Stelle findet, darf einreisen. Rund 130 000 Personen, vor allem aus Deutschland und Portugal, haben so in den letzten zwei Jahren eine Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz erhalten. Die Zuwanderer haben den wirtschaftlichen Aufschwung, der bis Ende 2008 anhielt, begünstigt. Wären sie nicht gekommen, hätten die Firmen in der Schweiz ihre Stellen nicht besetzen können; Aufträge wären verlorengegangen.

Entscheid auf der Kippe

Jetzt, in Zeiten von Rezession und steigender Arbeitslosigkeit, haben sich auch die politischen Vorzeichen geändert. Darum denkt der Bundesrat über die sogenannte Ventilklausel nach. Bis Ende Mai muss er der EU mitteilen, ob er die Einwanderung aus dem EU-Raum vorübergehend auf dem Niveau der Vorjahre einfrieren will. Jährlich könnten damit noch rund 46 000 neue B-Bewilligungen ausgestellt werden.

Der für heute erwartete Entscheid steht gemäss gut informierten Quellen auf der Kippe. So

sollen Eveline Widmer-Schlumpf (BDP), Doris Leuthard (CVP) und Ueli Maurer (SVP) die Klausel befürworten. Moritz Leuenberger und Micheline Calmy-Rey (beide SP) sind dagegen. Das Zünglein an der Waage spielen offenbar die FDP-Bundesräte Hansruedi Merz und Pascal Couchepin.

«Ablenkungsmanöver»

Führt der Bundesrat die Ventilklausel tatsächlich ein, ginge es

ihm wohl vor allem um ein symbolisches Zeichen: Er könnte angesichts der erwarteten Arbeitslosigkeit von 5,2 Prozent im nächsten Jahr politischen Druck von sich nehmen. Denn ob die Klausel eine Wirkung hat, ist mehr als fraglich. Wegen der Rezession ist die Zuwanderung in den ersten Monaten bereits deutlich zurückgegangen. Lässt der Zustrom weiter nach, würde die Kontingentsobergrenze gar nicht erreicht.

Hier setzt denn auch die Kritik der Gegner einer Kontingentierung an. Sie werfen dem Bundesrat vor, er betreibe Symbolpolitik. «Die Massnahme wäre ein reines Ablenkungsmanöver» sagt beispielsweise SP-Parteisekretär Thomas Christen. Die steigende Arbeitslosigkeit habe nichts mit der Zuwanderung aus der EU zu tun. Um Arbeitsplätze zu sichern, brauche es ein drittes Konjunkturprogramm und stärkere flän-

zierende Massnahmen.

Auch Werner Messmer (FDP/TG), der Präsident des Baumeisterverbandes, erachtet die Einführung der Ventilklausel als «kontraproduktiv». «Die Auftragslage auf dem Bau ist nach wie vor gut bis sehr gut. Und wir haben in der Schweiz noch immer einen Mangel an qualifizierten Arbeitern. Darum sind wir auf Zuwanderer aus der EU angewiesen.»

Kantone sind klar dagegen

Nicht nur bei den Parteien (ausser der SVP), sondern auch bei den meisten Kantonen tönt es ähnlich: Sie wollen vor allem nicht rückgängig machen, was in der Schweiz jahrelang für Wachstum sorgte. So sind im Kanton Thurgau beispielsweise die boomende Stadler Rail, aber auch die Spitäler und Pflegeheime und die Baubranche trotz Rezession auf die Personenfreizügigkeit angewiesen, um Fachkräfte zu rekrutieren. «Wir wollen den Unternehmen in diesen schwierigen Zeiten keine zusätzlichen Hindernisse in den Weg legen», sagt der Thurgauer Volkswirtschaftsdirektor Kaspar Schläpfer. Ähnlich äussert sich sein St. Galler Amtskollege Josef Keller.

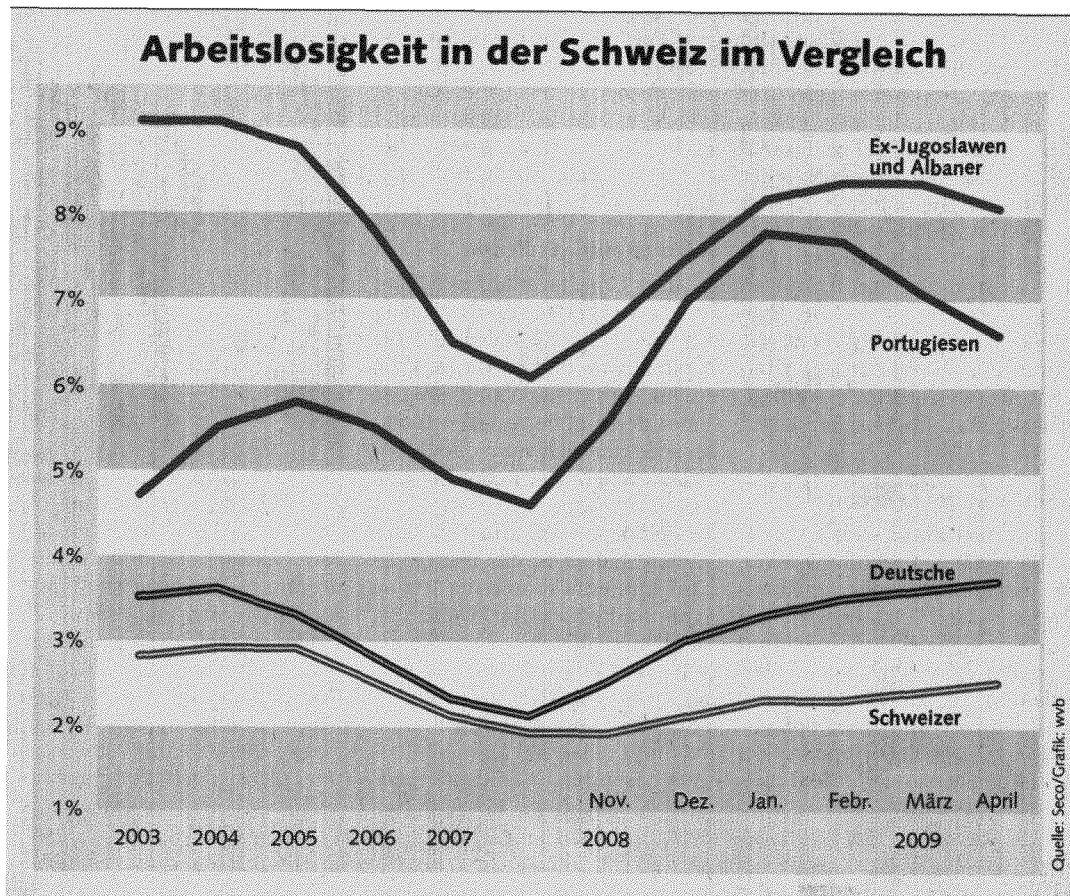
Falsche Versprechen

Zu einem anderen Schluss kam von 22 Kantonen, die in der Ver-

nehmlassung befragt wurden, einzig die Regierung von Appenzell Innerrhoden. Sie verwies in ihrer Stellungnahme auf die Abstimmung vom 8. Februar. Wer wie der Bundesrat im Vorfeld der Personenfreizügigkeitsvorlage stets auf die Ventilklausel hingewiesen habe, solle jetzt auch die Gnade haben, sie einzuführen. «Wenn sie nichts bringt, wie jetzt immer wieder betont wird, stellt sich die Frage, ob der Bundesrat hier eine untaugliche Lösung ausgehandelt hat», sagt Ratschreiber Markus Dörig.

SVP für Ventilklausel

Die Befürworter der Ventilklausel, allen voran die SVP sowie Teile von FDP und CVP, stellen sich auf den Standpunkt, dass ein Eingreifen jetzt nötig sei, da der Markt nicht mehr spiele. «Die Arbeitslosigkeit steigt bei EU-Bürgern stärker an als bei Schweizern. Das ist ein alarmierendes Zeichen und ein Grund dafür, die Ventilklausel endlich einzuführen», sagt der St. Galler Nationalrat Lukas Reimann (SVP). Reimann verweist dabei auch auf das Ausland: Sowohl Deutschland als auch Österreich haben kürzlich die Weiterführung einer «Ventilklausel light» beschlossen und ihre Einwanderungs-Einschränkungen gegenüber EU-Osteuropäern bis 2011 beibehalten.



Auch eine Frage der Ausbildung

Ein Blick auf die Grafik zeigt: Dass die Arbeitslosenquote unter Ausländern höher ist als bei Schweizern, ist keine Folge der Personenfreizügigkeit mit der EU. Sie hat ihren Grund vielmehr in der Ausländerpolitik der 60er- bis 90er-Jahre, als Zehntausende billiger und ungelerner Arbeitskräfte ins Land geholt wurden. Diese

Menschen, beispielsweise aus Albanien oder Ex-Jugoslawien, haben es, gerade in Krisenzeiten, schwerer, einen Job zu finden.

Befürworter der Ventilklausel führen nun ins Feld, dass die

Arbeitslosigkeit auch unter den in der Regel gut ausgebildeten Deutschen zuletzt überproportional gestiegen sei, nachdem sie jahrelang praktisch gleich hoch war wie

bei Schweizern. Auch das lässt sich gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft begründen.

«Nicht wenige Deutsche arbeiten auch auf dem Bau oder sie wurden als Fachkräfte für die Exportindustrie vermittelt.

Hier war der Einbruch vor allem in den Wintermonaten deutlich spürbar», sagt Rita Baldegger vom Seco. (ja.)



**St. Galler Tagblatt Gesamtausgabe
20.05.2009**

Auflage/ Seite	100426 / 5	9056
Ausgaben	300 / J.	7174233
EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD		

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
St. Galler Tagblatt, (Stadt & Region)	39'150
Toggenburger	4'811
Appenzeller Zeitung	14'607
Wiler Zeitung-Volksfreund	14'849
Der Rheintaler	11'809
Tagblatt (Thurgau)	15'200